

"Die Vision des Monsieur Schuman: das europäische Kohle- und Stahlkartell" in Agence industrielle et économique (13. Mai 1950)

Legende: Am 13. Mai 1950 beschreibt die belgische Zeitschrift Agence industrielle et économique die Tragweite des französischen Vorschlags zur Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlerzeugung unter der Aufsicht einer europäischen supranationalen Organisation.

Quelle: Agence industrielle et économique. 13.05.1950, n° 212. Bruxelles-La Haye: AGECO. "La vision de M. Schuman: Entente européenne pour le charbon et l'acier", p. 1-6.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_vision_des_monsieur_schuman_das_europaische_kohle_und_stahlkartell_in_agence_industrielle_und_economique_13_mai_1950-de-9d3fdc74-945e-43c9-9aea-39466b5a53da.html



Publication date: 05/07/2016

Die Vision des Monsieur Schuman: das europäische Kohle- und Stahlkartell

Aus unserem Büro in Den Haag.

Niemand kann die immense politische Tragweite und die enorme industrielle Bedeutung der Vorschläge des französischen Außenministers Robert Schuman zur Zusammenlegung – einige Zeitungen sprechen bereits von Kartellbildung – der Kohle-, Bergbau-, Eisen- und Stahlindustrien Frankreichs, Deutschlands und des Saarlandes ... leugnen.

Das geht schnell.

Gerade einmal fünf Jahre sind seit Kriegsende vergangen, und für Deutschland wird im Europarat ein Platz als assoziiertes Mitglied freigehalten, auch wenn das noch nicht sein endgültiger Platz sein wird. Fünf Jahre nach dem Krieg hat ein französischer Minister die Gründung einer Wirtschaftsunion der Kohle- und Stahlressourcen Deutschlands und Frankreichs vorgeschlagen, um diese Schlüsselindustrien unter einer gemeinsamen hohen Behörde zu vereinen. Die anderen europäischen Länder werden sich dieser neuen Organisation anschließen können, die, so scheint es, nicht ausschließlich eine Neugründung der internationalen Kartelle der Vorkriegszeit bedeutet. Ihre politischen Aufgaben könnten ihr vielmehr eine viel größere Anziehungskraft verleihen, obwohl sie wahrscheinlich die Komplexität des Problems noch vergrößern würden.

In anderen Richtungen geht es ebenso schnell. Es gibt unglaublich viele Möglichkeiten für eine Wirtschaftsunion der Völker und für die Abschaffung von Zollgrenzen. Beispielsweise hat Japan am 10. Mai in Osaka einen Plan für die Aufteilung der weltweiten Textilmärkte unter der englischen, amerikanischen und japanischen Industrie vorgelegt (die Japaner würden zustimmen, sich hauptsächlich auf den Export von billigeren Produkten nach Südostasien und eventuell nach China zu konzentrieren, und die profitableren Märkte für hochwertige Textilien Großbritannien und den Vereinigten Staaten überlassen). Es gibt sogar Entwürfe für die Gründung eines neuen weltweiten Pools für Kautschuk, da die Naturkautschukproduktion für 1950 schnell steigt und Indonesien allein für dieses Jahr mit einer Produktion von 520 000 Tonnen rechnet. Die „Agéco“ hat wiederholt durchblicken lassen, dass die Bemühungen, die hinter den Kulissen unternommen werden, um ein Kartell zwischen den europäischen oder kontinentalen Stahlproduzenten zu gründen, schließlich auf einen entscheidenden Versuch zur Wiedereinrichtung des internationalen Stahlkartells hinauslaufen werden. Diese Ansicht unterstützte vor kurzem Bernard Béguin in einem Artikel im *Journal de Genève* vom 1. Mai. Darin hieß es:

„Eine Karte der westeuropäischen Kohlevorkommen zeigt dem Leser die effizienteste Konzentration von Erzen und Kommunikationswegen. Wenn Sie über dieses Bild dann die politischen und wirtschaftlichen Grenzen sowie die Zollgrenzen legen, erhalten Sie die absurdeste Aufteilung, die man sich vorstellen kann.

Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, dass es nach den kostspieligen autarken Annäherungsversuchen zu Verständigungen unter Umgehung der nationalen Grenzen gekommen ist. Unmittelbar nach Ende des Krieges hatte man geglaubt, dass zwischenstaatliche Abkommen oder internationale Organisationen eine zufriedenstellende Lösung bieten würden. Man hatte sich daran gewöhnt, dass während des Krieges die wichtigsten Zweige der nationalen Wirtschaft durch die Regierung kontrolliert wurden. Man hatte gelernt, sich vor privaten Absprachen zu hüten, wo die Privatinteressen die Interessen der Gemeinschaft scheinbar nicht immer respektierten. Kurz gesagt, die Tendenz ging in Richtung von Dirigismus, Planung, internationalen Organisationen.

Seither hat sich eine bestimmte Reaktion eingestellt. Die Industrie hat sich erholt, hat gegen die schwerfälligen, von den Regierungen auferlegten Verwaltungsapparate protestiert, und hat, zumindest in Westeuropa, eine spürbare Lockerung des Dirigismus erhalten. Deshalb haben die zwischenstaatlichen Abkommen einen Großteil ihrer Wirksamkeit verloren. Da sie den Weg der Liberalisierung eingeschlagen haben, können die Regierungen diesen nur fortsetzen und sich zur weiteren Abschaffung von Kontrollen verpflichten. Es wird immer schwieriger für sie, Aufteilungen anzuordnen.

Man spürt jedoch weiterhin die Notwendigkeit eines Kartells, denn sonst wird Europa an einem fruchtlosen internen Wettbewerb zu Grunde gehen. Dies hat sich erst kürzlich in der zivilen Luftfahrt bestätigt, und es gilt auch für die Stahlindustrie. Ob sie will oder nicht, sie kehrt langsam, aber sicher zu dem Modell der Vorkriegs-Kartelle zurück.

Es gibt schon jetzt gute Gründe anzunehmen, dass die deutschen Unternehmen diese Bewegung anführen werden, an deren Spitze sie schon lange stehen. Die Arbeitslosenquote in Westdeutschland übt einen extrem deflationären Druck auf die Löhne und Gehälter aus, und versetzt die deutschen Unternehmen im derzeit tobenden Preiskrieg um die Exportpreise in eine günstige Lage.

Frankreich scheint für den Eintritt in ein Kartell noch nicht bereit zu sein, aber es bereitet sich definitiv darauf vor. Die französischen Stahlwerke, die über einen gut organisierten und gut geschützten Binnenmarkt verfügen, auf dem sie 80 Prozent ihrer Gesamtproduktion absetzen, haben alles auf die ausländischen Märkte gesetzt. In Argentinien, Pakistan und anderswo konnten sie bereits spürbare Ergebnisse erzielen.

Die französischen Industriekreise haben scheinbar kein allzu großes Vertrauen in eine zwischenstaatliche Organisation der Stahlproduktion. Ihrer Ansicht nach wird die Internationale Ruhrbehörde ihre Entscheidungen nur schwer umsetzen können, wenn die Militärbesatzung erst einmal ihre Kontrolle über die deutsche Industrieproduktion beendet haben wird; und bevor eben diese Industriezweige weiterhin von Koks aus dem Ruhrgebiet abhängig sind, denken sie lieber darüber nach, die Koksproduktion in Lothringen auszubauen.

Aber dass sie die Effektivität der zwischenstaatlichen Abkommen anzweifeln, bedeutet nicht, dass sie nicht über private Abmachungen nachdenken würden. Einige sind der Ansicht, dass die rücksichtslose Verkaufspolitik, die derzeit von Frankreich betreiben wird, einen „Referenzzeitraum“ im Hinblick auf eine zukünftige Aufteilung der Märkte schaffen soll.

Was Belgien und Luxemburg betrifft, so muss ersteres 50 % und letzteres mehr als 90 % seiner Produktion exportieren. Ein solches Verhältnis zeigt gleichzeitig das Interesse, das beide Länder an einer Organisation des europäischen Marktes haben könnten. Man erinnert sich noch gut ihre wichtige Rolle im Vorkriegs-Kartell. Allerdings scheinen sowohl die belgische als auch die luxemburgische Industrie aus vielerlei Gründen nicht gewillt zu sein, wieder von vorne anzufangen. Ihre Position im derzeitigen Preiskrieg ist heikel, der belgische Franc ist eine knappe Währung, die den Export nicht fördert, und trotz der Arbeitslosenquote sind die hohen Gestehungskosten ein ernstes Handicap.“

Es ist interessant, all diese Ansichten – im Endeffekt spiegeln sie nur die Wahrnehmung und die Gefühle der Ökonomen und der Unternehmer vor der Veröffentlichung von Schumans sensationellen Vorschlägen wider – mit einem ganz neuen Aspekt dieses Kartells zu vergleichen.

Die Bedeutung dieses Aspekts sticht einem ins Auge, wenn man bedenkt, dass dieses Mal die Initiative für die Schaffung eines Kartells der europäischen Schlüsselindustrien nicht mehr von den Unternehmern selbst ausgeht, die sich sonst immer durch die Bedenken und Unwägbarkeiten der politischen Ordnung behindert sehen, sondern von einem Mitglied der französischen Regierung selbst.

Um die Tragweite des französischen Vorschlags erfassen zu können, sollte man einige grundlegende Passagen aus dem Text der von Schuman verfassten Erklärung kennen. Er formulierte seine Vorschläge folgendermaßen:

1) Das Wesen des Kartells

„Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“

2) Die Leitung dieses Kartells

„Die der gemeinsamen Hohen Behörde übertragene Aufgabe wird sein, in kürzester Frist sicherzustellen: die Modernisierung der Produktion und die Verbesserung der Qualität, die Lieferung von Stahl und Kohle auf dem französischen und deutschen Markt sowie auf dem aller beteiligten Länder zu den gleichen Bedingungen, die Entwicklung der gemeinsamen Ausfuhr nach den anderen Ländern, den Ausgleich im Fortschritt der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft dieser Industrien.“

3) Die Funktionen des Kartells

„Die gemeinsame Hohe Behörde, die mit der Funktion der ganzen Verwaltung betraut ist, wird sich aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammensetzen. Durch ein gemeinsames Abkommen wird von den Regierungen ein Präsident gewählt, dessen Entscheidungen in Frankreich, in Deutschland und den anderen Teilnehmerländern bindend sind. Geeignete Vorkehrungen werden Einspruchsmöglichkeiten gegen die Entscheidungen der Hohen Behörde gewährleisten. Ein Vertreter der Vereinten Nationen bei dieser Behörde wird damit beauftragt, zweimal jährlich einen öffentlichen Bericht an die Organisation der Vereinten Nationen zu erstatten, der über die Tätigkeit des neuen Organismus, besonders was die Wahrung seiner friedlichen Ziele betrifft, Rechenschaft gibt.

Schuman präzierte noch, dass die Abmachungen in Form von offiziellen Verträgen erfolgen sollten, die von den Parlamenten ratifiziert werden müssen. Schließlich betonte er noch Folgendes: „Die Einrichtung einer Hohen Behörde präjudiziert in keiner Weise die Frage des Eigentums an den Betrieben.“

Ogleich der Vorschlag unter dem Blickwinkel der deutsch-französischen Beziehungen revolutionär ist, wurde er vom deutschen Bundeskanzler sehr positiv aufgenommen wurde.

Kurz gesagt wollen nun die Regierungen die Aufgabe übernehmen, die Ordnung in der europäischen Industrie wiederherzustellen, aber es stellt sich die Frage, ob sie ein glücklicheres Händchen haben werden als die Privatinitiative.

Versuchen wir einmal, dem Problem etwas auf den Grund zu gehen. Trotz der von Schuman gegebenen Garantien würde die Umsetzung seines Planes eine gewisse Schwächung der Souveränität der Industrie zu Gunsten einer übergeordneten Organisation bedeuten, deren Wesen zwangsläufig in erster Linie politischer Natur wäre. Diese Situation ist so neu, dass es schwierig ist, sämtliche Auswirkungen und Folgen bereits jetzt zu beurteilen.

Die möglichen Konsequenzen könnten von einer solchen Tragweite sein, dass sie im Moment schlecht analysiert werden können.

Erste Eindrücke aus dem Ausland

Angesichts der besonderen Tragweite des Schuman-Plans für die gewerbliche Wirtschaft Europas haben wir unsere Sonderkorrespondenten im Ausland gebeten, eine erste vorläufige Umfrage zur Akzeptanz der Vorschläge des französischen Außenministers durchzuführen.

Wir haben bis jetzt folgende Rückmeldungen erhalten:

Deutschland (Telegramm unseres Korrespondenten in Düsseldorf)

„In politischen Kreisen sehr freudig, und teilweise sogar begeistert aufgenommen; man erhofft sich vor allem politische Vorteile durch eine deutsch-französische Annäherung. Ebenfalls positive, aber etwas verhaltene Reaktionen, zuweilen sogar merklich reserviert, von der Eisen- und Stahlindustrie. Letztere betont die Schwierigkeiten einer klaren und sicheren Einschätzung des Schuman-Plans, bevor Einzelheiten über die technischen Modalitäten sowie die Handelsaufgaben der geplanten zentralen Organisation bekannt sind. Einige große Unternehmen betonen sogar die Notwendigkeit, die deutschen und französischen Partner bei der Produktionsfreiheit von Stahl für friedliche Zwecke gleichzustellen. Andere wiederum unterstreichen

den Rückstand der Verstaatlichung der deutschen Stahlindustrie gegenüber den Fortschritten der französischen Werke durch die Umsetzung des Monnet-Plans. Wie würde Frankreich den Rückgang der Produktionskapazität und die Rationalisierung der deutschen Stahlindustrie berücksichtigen? Wie kann Frankreich der deutschen Stahlindustrie im Hinblick auf deren riesigen Investitionsbedarf entgegenkommen? Wie wird die Exportquote errechnet werden? Welcher Referenzzeitraum wird zugrunde gelegt? Das sind die Hauptfragen, die man sich in der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet stellt bei dem Versuch, die technischen Probleme der Kartellschließung in der Zukunft abzuwägen. Trotz dieser Unsicherheiten und Schwierigkeiten sind die Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie, mit denen ich bis zum jetzigen Zeitpunkt in Kontakt gestanden habe, generell für Verhandlungen mit Frankreich.

Belgien (Telefonische Nachricht unseres Korrespondenten in Brüssel)

Schumans Vorschlag, der hier mit großem Interesse aufgenommen wurde, hatte vor allem den erstaunlichen Effekt, dass in den Diskussionen um die Hauptfrage, ob das alte oder ein neues internationales Stahlkartell eingerichtet werden müsste oder könnte, plötzlich viel weniger Vorsicht geübt wurde. Sogar die Führungskräfte in der Eisen- und Stahlindustrie geben nun deutlich zu verstehen, dass die Frage eines internationalen Stahlkartells seit einiger Zeit geprüft wird. Die neue Tatsache, die die Angelegenheit etwas verkompliziert, ist die in der Schuman-Initiative vorgesehene Führung durch die Regierungen sowie die grundlegend veränderte Art, wie sich das Problem darstellt. Aus diesem Grunde und angesichts der fehlenden Präzision hinsichtlich der wirklichen Tragweite des französischen Vorschlags sind die Meinungen über letzteren hier noch ziemlich geteilt.

Einige Kreise sind der Ansicht, dass eine wenig wünschenswerte Situation entstehen würde, wenn die belgisch-luxemburgische Eisen- und Stahlindustrie sich nicht beteiligen sollte. Aber die belgische Industrie hat stets ihr Möglichstes getan, um eine Einmischung des Staates in ihre Angelegenheiten zu vermeiden. Sollte der Schuman-Plan in seiner jetzigen Form umgesetzt werden, wird nun aber eine gewisse staatliche Bevormundung unvermeidbar sein.

Die Rolle des französischen Erzes für die Versorgung der Hochöfen darf man ebenfalls nicht aus den Augen verlieren. Besteht hier die Gefahr einer willkürlichen Preisfestsetzung? An der momentanen Integration der belgischen Stahlindustrie in das deutsch-französische System werde der Rückstand der Rationalisierung deutlich, die in den belgischen Unternehmen quasi kaum begonnen hat. Wie berücksichtigt man diesen Faktor? Es gibt noch eine Menge anderer Fragen, da die belgische Eisen- und Stahlindustrie vor allem von ihren beträchtlichen Exportinteressen dominiert wird. Unter diesen Bedingungen schafft der Schuman-Vorschlag besondere Probleme für die belgische Eisen- und Stahlindustrie. Man verkennt weder den politischen Wert noch die lobenswerte, wirtschaftliche Absicht – nämlich die Sicherung der Stabilität – des Schuman-Vorschlags, aber man verkennt auch nicht die Gefahren einer zu schnellen Ausführung des Planes, der einer grundlegenden Prüfung bedarf, um eine neue staatliche Kontrolle der Privatindustrie sowie die allmähliche Umwandlung des momentan mehr oder weniger freien Welthandels in ein System des wirtschaftlichen Nationalismus zu vermeiden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die belgischen Industrien selbstverständlich weit davon entfernt sind, die Grundidee der Kartelle zur verurteilen. Sie können eine wichtige Rolle bei der Preisstabilisierung und der Auslastung der Werke spielen. Aber ihnen wäre schlichtweg eine Aufforderung der französischen Regierung zur Schaffung eines privaten internationalen Stahlkartells in Europa unendlich lieber gewesen.

Der Zeitpunkt für diese Initiative war günstig. Nun wird die Frage durch die Probleme der Politik und der staatlichen Einmischung in die Privatindustrie verkompliziert. Nach all den Erfahrungen aus der Vergangenheit ist es verständlich, dass sich eine große Unschlüssigkeit innerhalb der belgischen Stahlindustrie abzeichnet.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen uns die Meldungen unserer Sonderkorrespondenten in Paris, Luxemburg, London und New York noch nicht vor. Wir hoffen, diese in der nächsten Ausgabe veröffentlichen zu können.